



ACE Auto Club Europa e.V. | Märkisches Ufer 28 | 10179 Berlin
An den Deutschen Bundestag
Finanzausschuss

ACE Auto Club Europa e.V.
Stab Verkehrspolitik

Märkisches Ufer 28
10179 Berlin

Telefon: 030 278 725 11
E-Mail: verkehrspolitik@ace.de
Internet: www.ace.de

16. Mai 2022

Stellungnahme des ACE zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiesteuerrechts zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe (Energiesteuersenkungsgesetz – EnergieStSenkG) – BT-Drucksache 20/1741

**Öffentliche Anhörung – Finanzausschuss des Deutschen Bundestages
am Montag, den 16. Mai 2022, 11 Uhr**

Grundsätzliche Einordnung

Der massive Preisanstieg bei fossilem Gas, Kohle und Rohöl hat bereits das vergangene Jahr stark geprägt, was nach dem Preisverfall im Coronajahr 2020 besonders massiv war. Die Gründe waren der Anstieg der weltweiten Nachfrage, niedrige Speicherfüllstände, ein knappes kurzfristiges Angebot und eine angespannte geopolitische Lage. Der Krieg in der Ukraine hat die Aussicht darauf, dass sich diese Lage bis 2023 beruhigt, zunichte gemacht. Die Energiepreise steigen nun weiter und die Aussicht, es könnte zu Lieferausfällen oder sogar einem Importstopp von Rohöl aus Russland kommen, treibt die Preise deutlich nach oben.

Die aktuell hohen Benzin- und Dieselpreise sind ein Problem für Autofahrerinnen und Autofahrer, insbesondere für die Menschen, die auf ihr Fahrzeug angewiesen sind. Dies betrifft vor allem die Pendlerinnen und Pendler. Hier spielen die hohen Spritpreise eine besondere Rolle, weil der Anteil derer, die mit dem Auto zur Arbeit pendeln, besonders hoch ist, und die Wege zur Arbeit recht lang sind. Ein Fünftel des gesamten Personenverkehrs ist Pendelverkehr. 74 Prozent der zurückgelegten Kilometer entfallen dabei aufs Auto, bei einer Auslastung von 1,075 Personen je Auto. Seit 1976 haben sich die mittleren Pendeldistanzen fast verdoppelt, von knapp acht auf nunmehr 16 Kilometer.¹

¹ Siehe Studie der Agora Verkehrswende vom 4. April 2022, [Wende im Pendelverkehr \(agora-verkehrswende.de\)](https://www.agora-verkehrswende.de)

Daher begrüßt der ACE Auto Club Europa das Gesetz zur Änderung des Energiesteuerrechts zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe, um damit die Energiesteuern auf Kraftstoffe für drei Monate - von Juni bis August 2022 - so weit zu senken, wie es die EU-Richtlinien erlauben. Aus ACE-Sicht muss aber sichergestellt werden, dass die Energiesteuersenkung auch tatsächlich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern ankommt. Da sich die Spritpreise teilweise von der Krisenentwicklung entkoppelt haben, ist die Ankündigung einer kartellrechtlichen Überprüfung aus ACE-Sicht richtig.

Der ACE bewertet diese und die weiteren Maßnahmen der Bundesregierung aus den sog. Entlastungspaketen I und II grundsätzlich positiv, um Verbraucherinnen und Verbraucher von den steigenden Kosten infolge des Krieges in der Ukraine spürbar und kurzfristig zu entlasten.

Langfristig geht es dem ACE darum, fossilen Energieverbrauch zu senken, auf erneuerbare Energiequellen zu setzen und dafür den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranzutreiben. Steuersenkungen resp. Subventionierungen fossiler Energien dürfen kein auf Dauer angelegtes Vorhaben der Bundesregierung sein.

Perspektive

Der ACE geht davon aus, dass die Rohöl-Preise auf dem Weltmarkt steigen werden, was letztlich das Gleiche für die Kraftstoffpreise bedeutet. Ein angestrebtes Öl-Embargo gegenüber Russland würde diese Situation zudem noch verschärfen, indem die Benzinpreise wohl kurzfristig noch weiter steigen könnten. Preissteigerungen infolge eines Embargos sind damit absehbar. Das heißt, alle Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich auf höhere Preise für fossile Energie in Zukunft einstellen. Politik ist verpflichtet dieses auch offen und ehrlich zu kommunizieren. Hier ist die Bundesregierung gefordert, kurz- und langfristige Maßnahmen, die fossile Energie einsparen und so Geld zu sparen, zu ergreifen. Zudem darf es nicht zu Engpässen im Osten Deutschlands kommen. Pendlerinnen und Pendler müssen sich darauf verlassen können, dass die für ihre notwendige Mobilität benötigten Kraftstoffe jederzeit und überall verfügbar sind.

ACE-Forderungen

Der ACE fordert darüber hinaus, kurzfristig Anreize zu setzen, fossile Energie einzusparen, um so die Abhängigkeit von Energieimporten zu reduzieren. Daher befürwortet der ACE ein befristetes Tempolimit von 100 km/h auf deutschen Autobahnen. Dadurch könnte im Verkehrsbereich zügig ein wichtiger Beitrag zur Drosselung des Ölverbrauchs geleistet werden. Eine geringere Nachfrage bedeutet weniger Importe aus Russland und führt in der Konsequenz dazu, dass weniger Geld eben dorthin fließt. Sollte ein Öl-Embargo nach Russland verhängt werden, könnte das befristete Tempolimit wieder aufgehoben werden.

Der ACE fordert von der Bundesregierung, den jüngst von ihr veranlassten und begrüßenswerten Ausgleichsmaßnahmen (Mobilitätsprämie, Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger, frühere Abschaffung EEG-Umlage, Erhöhung der Pendlerpauschale)

ein nachhaltiges und ganzheitliches Konzept folgen zu lassen. Dieses müsste insbesondere Haushalten mit niedrigem Einkommen, die durch hohe Gas-, Benzin- oder Ölpreise überlastet werden, gezielt helfen. Das im Koalitionsvertrag versprochene Klimageld sollte bald auf den Weg gebracht werden.

Darüber hinaus fordert der ACE eine Beschleunigung der Transformationsprozesse und damit den schnellen und massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien („Freiheitsenergien“), um die Energieversorgung Deutschlands perspektivisch unabhängiger von Kohle-, Gas- und Ölimporten zu machen – und so auch die Energie- und Verkehrswende zu beschleunigen.

Zudem fordert der ACE von der Bundesregierung, die Förderung von betrieblichem Mobilitätsmanagement voranzutreiben, damit Betriebe ihre Mitarbeitenden dabei unterstützen können, weiterhin kostensparend und vor allem auch umweltschonend zur Arbeit zu kommen.

Außerdem fordert der ACE, den beschleunigten und intensiven Ausbau des Schienenverkehrs, des ÖPNV inklusive on-demand und Poolingangeboten und der Radverkehrsinfrastruktur voranzutreiben, um gute Alternativen zum Pkw zu haben. Um eine Verbesserung des Angebots des ÖPNV auch in den ländlich geprägten Regionen zu erhalten, sind bundesweite Finanzierungsprogramme für den ÖPNV in den Ländern erforderlich, damit der ÖPNV nicht von der finanziellen Ausstattung der Landeshaushalte oder der Kommunen abhängt.

Der ACE fordert den raschen Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge nicht nur entlang der Bundesfernstraßen, sondern insbesondere auch im städtischen Raum, um Elektromobilität, und damit die Unabhängigkeit von Ölpreisen, voranzutreiben.

Langfristige Neujustierung eines finanziellen Gesamtkonzepts

Der ACE schlägt weiterhin eine Neujustierung von Steuern und Abgaben, Umlagen Entgelten und Subventionen im Verkehrsbereich vor. Verbraucherinnen und Verbraucher, die klimaschonend unterwegs sind – auch mit dem Pkw – müssen entlastet werden. Weiterhin müssen alternative Mobilitätsformen (Alternativen zum Pkw) attraktiver werden. Zudem dürfen einkommensschwache Haushalte nicht zusätzlich belastet werden. Das muss Ziel einer langfristigen, nachhaltigen und ganzheitlichen Gesamtstrategie für ein Steuer-, Abgaben- und Subventionssystem im Verkehrsbereich sein.

Der ACE fordert daher eine klimagerechte und sozial ausgewogene Reform des derzeitigen Systems aus Kfz-Steuer, Dienstwagenbesteuerung, Diesel-Privileg, Entfernungspauschale und Maut. Dieses muss auf den Prüfstand. Ein finanzielles Gesamtkonzept muss zudem resilient gegenüber Krisen sein.